

Niederschrift

über die 39. Sitzung (Etat) (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft
am Donnerstag, **05.03.2009**, 17:09 Uhr,
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Frank Baumann, Sybille Benning, Heinz Georg Buddenbäumer, Christoph Jahn, Horst Kisnat, Charlotte Nees, Josef Rickfelder, Stefan Weber, Simone Wendland,

von der SPD-Fraktion

Thomas Fastermann, Wolfgang Heuer, Inge Jachmann (als Vertreterin für Karl-Heinz Winter), Verena Marzinkewitz, Kurt Pölling,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Helga Bennink, Jörn Möltgen, Ilse Schleef, Reinhard Scholz,

von der FDP-Fraktion

Jürgen Reuter,

von der Fraktion UWG-MS/ödp

Uwe Raffloer,

Sachkundige Einwohner/innen

Dr. Gerhard Bonn, Achim Dejozé, Gerhard G. Düntzer, Otmar Knüvener, Christoph Thiel, Patrik Werner,

von der Verwaltung

Reinhard Adams, Ralf Besler, Stephan Böhme, Heinrich Bruns, Gerd Franke, Reinhard Hopp, Jörg Krause, Andreas Leifken, Dirk Lohaus, Frank Möller, Dr. Friedrich-Wilhelm Oellers, Marion Philipp, Andreas Pott, Christian Schowe, Hartwig Schultheiß, Elke Schulz, Siegfried Thielen, Werner Wesselmann, Ulrich Winter,

für die Schriftführung

Regina Dittmer,

Es fehlten:

Dr. Georgios Tsakalidis, Karl-Heinz Winter,

Gäste:

Dr. Thomas Robbers , WFM – Wirtschaftsförderung Münster GmbH

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die 39. Sitzung (Etat) (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft am 05.03.2009

Tagesordnung:**Öffentliche Sitzung**

- | | |
|---------------------------|--|
| | 1. Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. Genehmigung der Tagesordnung |
| | 2.1. Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit der Vorlagenersteller/innen zur Berichterstattung erforderlich ist. |
| | 3. Mitteilungen der Verwaltung |
| | 4. Bekanntgabe von Eingaben und Anträgen |
| | 5. Haushaltsplanberatungen |
| | 5.1. Beratung des Haushaltsplanes 2009 und des Finanzplanes und des Investitionsprogramms 2009-2012 |
| | Produktgruppen 02.07, 09.01, 10.01, 10.02, 12.02 |
| | Haushaltsanträge |
| | Veränderungslisten |
| <u>V/0119/2009</u>
III | 5.2. Arbeitsschwerpunkte Vorbereitende und Verbindliche Bauleitplanung 2009 |
| <u>V/0137/2009</u>
II | 5.3. Zukunftsinvestitionsgesetz - Inanspruchnahme der Fördermittel des Bundes in der Stadt Münster |
| | 6. Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Wirtschaft, Wohnen |

<u>V/0013/2009</u> I	6.1.	1. Änderung der Satzung über die Wochenmärkte in der Stadt Münster Antrag an den Rat Nr. ABV/0002/2008 in der Bezirksvertretung Münster-Nord
<u>V/0123/2009</u> I	6.2.	Ordnungsbehördliche Verordnungen über das Offenhalten der Verkaufsstellen im Stadtbezirk Münster-Mitte, Altstadt/Bahnhofsviertel, im Stadtbezirk Münster-Hiltrup und im Stadtbezirk Münster-Nord
<u>V/0133/2009</u> III	6.3.	Planungs-, bau- und immissionsrechtliche Situation im Bereich Stadthafen I
<u>V/0052/2009</u> III	6.4.	Stellungnahme der Stadt Münster zur 64. Änderung des Bebauungsplans "Orkotten I" der Stadt Telgte
	6.5.	Vorstellung der drei Preisträger des städtebaulichen Ideenwettbewerbs "Osttor zur Innenstadt Münster" mündlicher Bericht
	6.6.	Lärmschutz an Schienenwegen
	7.	Stadtplanung
<u>V/0898/2008</u> III	7.1.	"Lotharinger Kloster: Das Umfeld des Standesamtes aufwerten" (Antrag der CDU-Fraktion an den Rat Nr. A-R/0013/2007 vom 26.03.2007)
<u>V/1082/2008</u> III	7.2.	1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 323: Wohngebiet Sentruper Höhe Kenntnisnahme des geänderten Entwurfes
<u>V/0014/2009</u> III	7.3.	Bebauungsplan Nr. 521: Kinderhaus - Westlich Gas-selstiege / Nördlich Wilkinghege Geänderter Aufstellungsbeschluss
<u>V/0015/2009</u> III	7.4.	Bebauungsplan Nr. 521: Kinderhaus - Westlich Gas-selstiege / Nördlich Wilkinghege Kenntnisnahme des Entwurfes
<u>V/0094/2009</u> III	7.5.	32. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Loddenheide - Albersloher Weg / Egbert-Snoek-Straße / Loddenheide / Bertha-von-Suttner-Weg / Rösnerstraße Kenntnisnahme des Entwurfes / Offenlegung
<u>V/0096/2009</u> III	7.6.	Bebauungsplan Nr. 517: Albersloher Weg / Egbert-Snoek-Straße / Loddenheide / Bertha-von-Suttner-Weg / Rösnerstraße (Ratio) Kenntnisnahme des Entwurfes / Offenlegung

- | | | |
|---------------------------|-----------|--|
| <u>V/0016/2009</u>
III | 7.7. | Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 500: Sudmühle - Dyckburgstraße / Kamillusweg
1. Beschluss über Stellungnahmen
2. Satzungsbeschluss |
| <u>V/0018/2009</u>
III | 7.8. | Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 506: St. Mauritius - südlich Wolbecker Straße / östlich B 51
1. Beschluss über die Stellungnahmen
2. Satzungsbeschluss |
| | 8. | Verkehr |
| <u>V/0131/2009</u>
III | 8.1. | Empfehlungen des 47. Deutschen Verkehrsgerichtstages |
| <u>V/0997/2008</u>
III | 8.2. | Fortschreibung des Masterplanes Verkehrsunfallprävention 2008 und
Aufstellung eines Verkehrssicherheitsprogrammes Münster 2009-2013 |
| <u>V/1072/2008</u>
V | 8.3. | Luftreinhalteplan Münster - Stellungnahme |
| <u>V/1059/2008</u>
III | 8.4. | Bericht Bewohnerparken Sentruper Höhe |
| <u>V/0779/2008</u>
III | 8.5. | Planung eines kombinierten Geh- und Radweges Heumannsweg-Schmittingheide in den Grenzen Lindberghweg und Hegerskamp

- Beschluss zur Planung - |
| <u>V/0736/2008</u>
III | 8.6. | Verbesserungen an Haltestellen - Programm 2010 - Amelsbürener Straße- Umbau der Bushaltestellen "Rückertstraße" (beide Fahrtrichtungen) als Buskaps und Einbau einer Mittelinsel als Überquerungshilfe |
| <u>V/0134/2009</u>
III | 8.7. | Verkehrssicherheitsmaßnahmen LSA Grevenor Str./York-Ring |
| | 9. | Verschiedenes |

Der Ausschussvorsitzende Herr Heuer stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit des Gremiums fest, begrüßte die anwesenden Gäste und eröffnete die Sitzung.

Punkt 1 der Tagesordnung

Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder

Neue Mitglieder waren nicht zu verpflichten.

Punkt 2 der Tagesordnung**Genehmigung der Tagesordnung**

Herr Pölling beantragte, Tagesordnungspunkt 5.3 ohne Beschlussfassung an den Hauptausschuss zu schieben.

Herr Reuter beantragte, TOP 7.1 von der Tagesordnung abzusetzen.

Herr Schultheiß empfahl, auch die Punkte 7.3 und 7.4 von der Tagesordnung abzusetzen.

Frau Benning beantragte, TOP 8.2 in die nächste Kette zu schieben und entsprechend ebenfalls von der Tagesordnung abzusetzen.

Diese Änderungen wurden einvernehmlich beschlossen.

Frau Bennink bat die Verwaltung um einen kurzen Sachstandsbericht zum Umbau des Hauptbahnhofes.

Die so geänderte Tagesordnung wurde beschlossen.

Herr Heuer kündigte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender an, dass er angesichts der Entwicklung und wohnungspolitischen Situation im Stadtteil Kinderhaus dieses Thema künftig in regelmäßigen Abständen auf die Tagesordnung setzen werde.

Punkt 2.1 der Tagesordnung**Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit der Vorlagenersteller/innen zur Berichterstattung erforderlich ist.**

Die Anwesenheit der Vorlagenersteller/innen zur Berichterstattung war nicht erforderlich für die Tagesordnungspunkte 6.1, 6.2, 8.1, 8.3, 8.5 und 8.6.

Punkt 3 der Tagesordnung**Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Bruns berichtete über das Ergebnis des Wettbewerbs „**Umwelthauptstadt Europas** - European Green Capital“: die Stadt Münster belegte hinter den Städten Hamburg (2011) und Hamburg (2010) den **3. Platz**. Münster hatte besonders gute Bewertungen in den Bereichen Verkehr, Grün, Umweltmanagement und Programm erhalten.

Herr Dr. Oellers informierte, welche Position der Stadt Münster im Erörterungstermin zum Planfeststellungsverfahren „**Ausbau B51 - 3. Abschnitt / Neubau B 481n**“ am 24.-27.04.2009 einnehmen werde; dieser Kurzbericht ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Herr Schultheiß hob hervor, dass die Stadt grundsätzlich vertreten hatte, die Warendorfer Straße über ein kleines „Kleeblatt“ mit dem Schiffahrter Damm zu verknüpfen. Auf Seiten des Landesbetriebes Straßen.NRW hatte die Verbindung Bocholt – Rheda-Wiedenbrück Vorrang und bilde entsprechend den Stand der Planfeststellung.

Diese Lösung sei insbesondere mit der Verkehrsverbindung der Umgehungsstraße zur Warendorfer Straße stadteinwärts nicht befriedigend, da nicht attraktiv, sei: hier werde ein kurzer Netzanschluss benötigt. Zielrichtung der Stadt sei, den Verkehr auf die Umgehungsstraße zu bringen und nicht, ihn über die Stadtstraßen zu führen.

Herr Schultheiß teilte als Sachstand zum **Umbau des Hauptbahnhofes** folgendes mit:

Im einem Gespräch zwischen Oberbürgermeister/Stadtdirektor mit dem Vorstand der Deutsche Bahn Station & Service wurde bestätigt, dass im Vertragsverhältnis Bahn mit dem Investor Timon eine Frist bis Ende Februar vereinbart war, einen geeigneten Investor zu präsentieren; hierzu werde eine Aussage der Bahn im Laufe des Monats März erwartet.

Beide Vorstandsmitglieder hatten betont, dass die Verkehrsstation (incl. Rolltreppen, Investitionsvolumen 25 Mio. €) eine vorrangige Position auf der Agenda einnehme. Im Herbst wolle die Bahn mit den Überdachungen auf den Bahnsteigen beginnen, für 2010 sei dann die Tunnelsanierung bzw. der -Ausbau vorgesehen.

Selbst wenn das Investorenprojekt nicht durch den derzeitigen Partner Timon realisiert werde, halte die Bahn an der Planung von zwei Empfangsgebäuden fest; auch die geplante Verlegung des Reisezentrums zur Ostseite habe noch Bestand.

Punkt 4 der Tagesordnung

Bekanntgabe von Eingaben und Anträgen

Herr Heuer gab eine Eingabe von Herr Behzad Azamat bekannt: dieser hatte sich betreffend der Erweiterung der Straßenbeleuchtung auf der Wienburgstraße im Bereich der Hausnummern 116 und 148 an den Oberbürgermeister gewandt.

Anträge waren nicht bekannt zu geben.

Punkt 5 der Tagesordnung

Haushaltsplanberatungen

Punkt 5.1 der Tagesordnung

Beratung des Haushaltsplanes 2009 und des Finanzplanes und des Investitionsprogramms 2009-2012

Produktgruppen 02.07, 09.01, 10.01, 10.02, 12.02

Haushaltsanträge

Veränderungslisten

Herr Heuer verwies eingangs auf die neben dem Haushaltsplan für die Beratung verteilten Veränderungslisten und Unterlagen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL brachte einen Haushaltsantrag ein:

	Zusätzlich	Gesamtsumme
Dezentrale Fahrradabstellanlagen Innenstadt	+80.000	80.000
Einstieg in „Gratis Busfahren Samstags“	+500.000	500.000
Gutachten „Shared Space“	25.000	25.000

Abstimmungsergebnisse:

Der Vorsitzende Herr Heuer ließ über die Maßnahmenvorschläge des Änderungsantrages der Bündnis 90/Die Grünen/GAL einzeln abstimmen:

Eine Mittelbereitstellung für „Dezentrale Fahrradabstellanlagen Innenstadt“ wurde bei Für-Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung durch die SPD mehrheitlich **abgelehnt**.

Eine Mittelbereitstellung für „Einstieg in Gratis Busfahren Samstags“ wurde bei Für-Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung durch die SPD mehrheitlich **abgelehnt**.

Eine Mittelbereitstellung für „Gutachten Shared Space“ wurde bei Für-Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung durch die SPD mehrheitlich **abgelehnt**.

Sodann stimmte der Ausschuss über den Gesamthaushalt in seinem Zuständigkeitsbereich ab:

Der Gesamthaushalt wurde **unverändert** mit den Für-Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen/GAL mehrheitlich **beschlossen**.

Punkt 5.2 der Tagesordnung V/0119/2009

Arbeitsschwerpunkte Vorbereitende und Verbindliche Bauleitplanung 2009

Die Fraktionen von CDU und FDP brachten einen gemeinsamen Änderungsantrag zur Vorlage ein:

„Der Planungsausschuss möge beschließen:

1. In der Anlage 2 wird das Projekt **Stadtbad Süd** (Nr. 237) ca. 50 Wohneinheiten gestrichen, um dem "Bürgerinitiative Förderverein Bürgerbad Münster-Süd e.V." die Gelegenheit zu bieten, seine Pläne für ein mögliches Bürgerbad an diesem Standort auszuarbeiten.
2. In der Anlage 2 wird das Projekt **Hörster Parkplatz** (Nr. 341) ca. 100 Wohneinheiten, ergänzt um die Belange Handel, Dienstleistungen und Parken. In dieser exponierten Innenstadtlage sollten im EG auch Einzelhandel und Dienstleistungsangebote ermöglicht werden. Ferner soll für die wegfallenden Stellplätze entsprechender Ersatz in einer Tiefgarage geschaffen werden.
Dieses Projekt wird in die Kategorie W aufgenommen.“

Herr Heuer formulierte für die SPD-Fraktion folgenden Änderungsantrag:

„Der Planungsausschuss möge beschließen:

1. Das Projekt Schaffung von **50 Wohneinheiten im Bereich Südbad** wird gestrichen, um der Stadt Münster zu ermöglichen, an diesem Standort ein Bad zu errichten.
2. Das Projekt im Planungsschwerpunkt Verkehrsinfrastruktur **3. Nordtangen-**

te/Entlastungsstraße Nord ist von der Warteliste und damit insgesamt aus dem Arbeitsprogramm zu streichen.“

Frau Benning erklärte zu Protokoll:

„Das Projekt Sprakel – östlich Sprakeler Straße soll nach dem Votum des Ausschusses nicht bis 2011 zurückgestellt sondern in **2010** neu bewertet werden.

Im Projekt Handorf – östliche Heriburgstraße / nördlich Kirschgarten ist eine redaktionelle Ergänzung notwendig: Umwandlung des ehemaligen Bäderstandortes **plus Sportanlage**.“

Nach der Aussprache ließ der Vorsitzende Herr Heuer über die einzelnen Punkte der Änderungsanträge getrennt abstimmen.

Abstimmungsergebnisse:

Beschlusspunkt 1 des Änderungsantrages der SPD „Streichung Wohneinheiten im Bereich Südbad“ wurde bei Für-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen/GAL mit den Gegenstimmen von CDU und FDP mehrheitlich **abgelehnt**.

Beschlusspunkt 1 des Änderungsantrages der CDU/FDP „Streichung Projekt Stadtbad Süd“ wurde mit den Für-Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen/GAL mehrheitlich **angenommen**.

Beschlusspunkt 2 des Änderungsantrages der SPD „Streichung 3. Nordtangente/Entlastungsstraße Nord“ wurde bei Für-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen/GAL mit den Gegenstimmen von CDU und FDP mehrheitlich **abgelehnt**.

Beschlusspunkt 2 des Änderungsantrages der CDU/FDP „Ergänzung des Projektes Hörster Parkplatz um die Belange Handel, Dienstleistungen und Parken“ wurde mit den Für-Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen/GAL mehrheitlich **angenommen**.

Die **so geänderte** Vorlage [Anm. die in den Anlagen „Planungsschwerpunkte“ zur Vorlage aufgeführten Projektlisten] wurde daraufhin mit den Für-Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen/GAL mehrheitlich **angenommen**.

Beschluss:

I. Sachentscheidung:

Den Arbeitsschwerpunkten Vorbereitende und Verbindliche Bauleitplanung 2009 wird zugestimmt.

II. Kosten/Folgekosten

Unmittelbare Kosten entstehen nicht.

Es werden im Zusammenhang mit einzelnen Projektbearbeitungen Planungskosten in Form von Auftragsvergaben für städtebauliche Planungen, für städtebauliche Gestaltungsaufgaben, für Fachgutachten im Rahmen des Umweltberichtes (insbes. Immissionsschutz), für die Durchführung von Städtebaulichen Wettbewerben sowie für Öffentlichkeitsarbeit entstehen. Deren Größenordnung ist alleinig zu einem späteren Zeitpunkt projekt- und fallbezogen konkretisierbar bzw. benennbar.

Weitere Kosten, insbes. für Erschließungsaufwendungen und soziale Infrastrukturbedarfe, können - je nach Projektinhalt - im Zuge der Realisierung der Planungen anfallen (nicht bei vorhaben- oder investorenbezogenen Planfällen; hier Übernahme der maßnahmen-bedingten Kosten durch den Vorhabenträger/Investor). Über diese „Erschließungs-„ und „Folgekosten“ der Bauleitplanverfahren werden jedoch mit der Gesamtschau der Arbeitsschwerpunkte keine vorprägenden Entscheidungen getroffen.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Für die oben genannte Kosten/Folgekosten stehen zur Finanzierung im Haushaltsplan 2009 Anteile aus ff. Aufwendungen/Erträgen zur Verfügung:

Aufwendungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0901	Stadt- und Regionalentwicklung, Stadtplanung	2009		
Teilergebnisplan (Zeile)	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen		29.790.-	Haushaltsansatz für Aufgaben der Flächennutzungsplanung und Bebauungsplanung
Insgesamt:				29.790,-	

Erträge					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0901	Stadt- und Regionalentwicklung, Stadtplanung	2009		
Teilergebnisplan (Zeile)	04	Öffentlich-rechtliche Leistungs-entgelte		25.000.-	Haushaltsansatz
Teilergebnisplan (Zeile)	06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen		10.000,-	Haushaltsansatz
Insgesamt:				35.000,-	

Punkt 5.3 der Tagesordnung VI/0137/2009

Zukunftsinvestitionsgesetz - Inanspruchnahme der Fördermittel des Bundes in der Stadt Münster

Einvernehmlich war beschlossen worden, die Vorlage ohne Beschlussfassung an den Hauptausschuss zu schieben.

Sodann wurde die Vorlage ohne Beschlussfassung an den Hauptausschuss geschoben.

Punkt 6 der Tagesordnung	Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Wirtschaft, Wohnen
---------------------------------	--

Punkt 6.1 der Tagesordnung V/0013/2009	1. Änderung der Satzung über die Wochenmärkte in der Stadt Münster Antrag an den Rat Nr. ABV/0002/2008 in der Bezirksvertretung Münster-Nord
---	---

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat den Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Die Satzung zur Änderung des § 10 Absatz 2 der Satzung über die Wochenmärkte in der Stadt Münster (Anlage 1) wird beschlossen.

II. Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine Kosten und keine Folgekosten.

Punkt 6.2 der Tagesordnung V/0123/2009	Ordnungsbehördliche Verordnungen über das Offenhalten der Verkaufsstellen im Stadtbezirk Münster-Mitte, Altstadt/Bahnhofsviertel, im Stadtbezirk Münster-Hiltrup und im Stadtbezirk Münster-Nord
---	---

Herr Pölling kündigte für die SPD-Fraktion einen Änderungsantrag zur Vorlage an, der in den nächsten Fachausschuss, dem APRO – Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung, eingebracht werden solle und beantragte daher, die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben. Es erhob sich keine Gegenrede.

Sodann wurde die Vorlage ohne Beschlussfassung an den Hauptausschuss geschoben.

Punkt 6.3 der Tagesordnung V/0133/2009	Planungs-, bau- und immissionsrechtliche Situation im Bereich Stadthafen I
---	---

Der Bericht war als Tischvorlage vorgelegt worden. Einvernehmlich verständigte sich der Ausschuss darauf, den Sachpunkt in der kommenden Sitzung zu beraten.

Im Übrigen nahm der Ausschuss den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Punkt 6.4 der Tagesordnung V/0052/2009	Stellungnahme der Stadt Münster zur 64. Änderung des Bebauungsplans "Orkotten I" der Stadt Telgte
---	--

Herr Rickfelder bat die Verwaltung darauf hinwirken, dass kein zusätzlicher Einzelhandel in dem

Gebiet entstehe, um weiteren Leerständen im Stadtteil Handorf entgegenzuwirken.

Herr Schowe verdeutlichte, dass das Projekt der Nachbargemeinde gegenüber der ursprünglichen Planungsabsicht deutlich kleiner geworden sei; die Bedenken habe die Stadt der Bezirksregierung Münster im Rahmen der nachbargemeindlichen Beteiligung bereits zum Ausdruck gebracht.

Herr Schultheiß sagte zu, die erhobenen Bedenken des Ausschusses zur Planung ergänzend zur schriftlichen Stellungnahme der Stadt an die Bezirksregierung weiter zu leiten.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss die Vorlage mehrheitlich mit Für-Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von Bündnis90/Die Grünen/GAL.

Beschluss:

I. Sachentscheidung:

1. Der Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft stimmt dem von der Verwaltung formulierten Entwurf einer Stellungnahme (Anlage 2) zur vorliegenden Planung an die Stadt Telgte (64. Änderung des Bebauungsplans „Orkotten I“) zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das als Anlage 2 beigefügte Schreiben als abschließende Stellungnahme an die Stadt Telgte zu senden.

Punkt 6.5 der Tagesordnung

Vorstellung der drei Preisträger des städtebaulichen Ideenwettbewerbs "Osttor zur Innenstadt Münster"

mündlicher Bericht

Frau Philipp informierte über das Ergebnis des Wettbewerbs, der als Aufgabe für Postgraduierte des Abschlussjahrganges 2008 von der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) ausgelobt und durch die Stadt Münster unterstützt worden war.

Insbesondere die beiden ersten Preise wurden im Preisgericht intensiv diskutiert:

Der 1. Preis ist Denise Handler von der Universität Siegen zuerkannt worden. Prägend für die Arbeit sei der Quartiersgedanke. Frau Philipp hob zwei Aspekte besonders hervor:

Zum einen soll die Friedrichstraße von intensivem Durchgangsverkehr entlastet und verkehrsberuhigt ausgebaut werden mit dem Ziel, einen angemessenen Kirchplatz und einen Vorplatz für die NRW-Bank zu schaffen. Das Preisgericht hatte dies als eine erhebliche Qualitätsverbesserung positiv gewertet. Auf der westlichen Eisenbahnstraße sehe der Entwurf vor, die vorhandene Bebauung zu entfernen, um die Promenade ohne Durchbrechung konsequent fortzuführen und erlebbar zu machen. Dieser Gedanke wurde vom Preisgericht als Zukunftsoption ebenfalls positiv gewürdigt; in diesem Sinne sollte durch Entfernen von sichtbehinderndem Grünbestand ein Anfang gemacht werden.

Die Arbeit von Veronika Howe von der Fachhochschule Köln ist mit dem 2. Preis ausgezeichnet worden. Dieser Entwurf definiere den Bereich als „Insel der Perlenkette“. Vorgesehen sei ein gleichmäßiger Rhythmus von Platz und neuen Gebäuden. Abriss und Neubau des Paul-Gerhard-Hauses sowie die Bebauung des Parkplatzes zur Wolbecker Straße werden vorgeschlagen.

Herr Schultheiß fasste das Meinungsbild im Preisgericht zusammen und stellte fest, dass die Resonanz auf die Ideen aus dem Wettbewerb grundsätzlich positiv sei:

Eine bessere Wahrnehmung der Promenade könne bereits durch Rückschnitt des vorhandenen Grüns erreicht werden.

Im Falle einer verkehrlichen Beruhigung auf der Friedrichstraße sei eine Lösung für die Kreuzungs-/ Knotensituation Eisenbahnstraße/Warendorfer Straße unumgänglich. Sofern es möglich sein sollte, den Busverkehr näher an das Paul-Gerhardt-Haus zu verlagern unter Inanspruchnahme des Platzbereiches, bestehe die Möglichkeit, eine separate Rechtsabbiegespur zur Warendorfer Straße einzurichten. Dies könne eine Basis für die Diskussion mit der NRW-Bank hinsichtlich der Platzgestaltung sein.

Eine Bebauung der Ecksituation auf dem Parkplatz an der Wolbecker Straße sei städtebaulich wünschenswert. Hier empfehle sich ein Hochbauwettbewerb.

Herr Heuer stellte abschließend positiv fest, dass dieser Wettbewerb ein gutes Beispiel sei, auch ohne Investoreninteressen weitergehende Perspektiven für wichtige Räume in der Stadt zu eröffnen und dankte Frau Philipp für die Berichterstattung.

Punkt 6.6 der Tagesordnung

Lärmschutz an Schienenwegen

Herr Bruns berichtete über die geplanten Lärmschutzmaßnahmen des Bundes an Schienenwegen im Sanierungsabschnitt Münster Innenstadt. Dieser Bericht war als schriftliche Unterlage zur Sitzung verteilt worden.

Es folgte eine intensive Diskussion und Aussprache.

Sodann fasste der Ausschuss einstimmig den folgenden **geänderten Beschluss**.

Beschluss:

1. Im Bereich der Bahnbrückenbauwerke entlang dieser Strecke soll auf die Errichtung von Lärmschutzwänden verzichtet werden.
2. Die Stadt Münster stimmt der Gesamtplanung der DB ProjektBau im Grundsatz zu, so dass die Anmeldung zum Förderprogramm möglich ist.
3. Der Planung für den Bereich der südlichen Streckenführung wird grundsätzlich zugestimmt.
4. Die innerstädtischen Bereiche werden zum Teil kritisch gesehen. Für diesen Bereich ist eine Zustimmung zu den Detailplanungen erst nach der vorgesehenen Bürgerbeteiligung und nach einer Beratung im Beirat für Stadtgestaltung möglich.

Punkt 7 der Tagesordnung

Stadtplanung

Punkt 7.1 der Tagesordnung V/0898/2008	"Lotharinger Kloster: Das Umfeld des Standesamtes aufwerten" (Antrag der CDU-Fraktion an den Rat Nr. A-R/0013/2007 vom 26.03.2007)
---	---

Dieser Tagesordnungspunkt war von der Tagesordnung abgesetzt worden.

Punkt 7.2 der Tagesordnung V/1082/2008	1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 323: Wohngebiet Sentruper Höhe Kenntnisnahme des geänderten Entwurfes
---	--

Der Inhalt der Vorlage wurde von der Fraktion der Bündnis 90/Die Grünen/GAL kritisiert.

Im Übrigen nahm der Ausschuss den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Punkt 7.3 der Tagesordnung V/0014/2009	Bebauungsplan Nr. 521: Kinderhaus - Westlich Gasselstiege / Nördlich Wilkinghege Geänderter Aufstellungsbeschluss
---	--

Dieser Tagesordnungspunkt war von der Tagesordnung abgesetzt worden.

Punkt 7.4 der Tagesordnung V/0015/2009	Bebauungsplan Nr. 521: Kinderhaus - Westlich Gasselstiege / Nördlich Wilkinghege Kenntnisnahme des Entwurfes
---	---

Dieser Tagesordnungspunkt war von der Tagesordnung abgesetzt worden.

Punkt 7.5 der Tagesordnung V/0094/2009	32. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Loddenheide - Albersloher Weg / Egbert-Snoek-Straße / Loddenheide / Bertha-von-Suttner-Weg / Rösnerstraße Kenntnisnahme des Entwurfes / Offenlegung
---	---

Der Ausschuss nahm den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Punkt 7.6 der Tagesordnung V/0096/2009	Bebauungsplan Nr. 517: Albersloher Weg / Egbert-Snoek-Straße / Loddenheide / Bertha-von-Suttner-Weg / Rösnerstraße (Ratio) Kenntnisnahme des Entwurfes / Offenlegung
---	---

Der Ausschuss nahm den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Punkt 7.7 der Tagesordnung V/0016/2009	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 500: Sudmühle - Dyckburgstraße / Kamillusweg 1. Beschluss über Stellungnahmen 2. Satzungsbeschluss
---	---

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat den Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Über die vorliegenden Stellungnahmen zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 500: Sudmühle - Dyckburgstraße / Kamillusweg wird wie folgt Beschluss gefasst:

Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange wird den nachfolgenden Stellungnahmen zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 500 nicht gefolgt:

- 1.1 Der Stellungnahme, die Ausweisung des Baugebietes grundsätzlich zu überdenken (Anlage 1, Punkt 1).
- 1.2 Der Stellungnahme, für die ausgewiesenen privaten Verkehrsflächen ein Leitungsrecht zugunsten der Deutschen Telekom auszuweisen (Anlage 1, Punkt 2).
2. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 500: Sudmühle - Dyckburgstraße / Kamillusweg wird gemäß §§ 2 und 10 i. V. mit § 12 Baugesetzbuch und §§ 7 und 41 Gemeindeordnung NRW als Satzung beschlossen.

Die Begründung mit Umweltbericht wird ebenfalls beschlossen.

II. Kosten/Folgekosten

Durch die vorstehenden Beschlussvorschläge entstehen keine zusätzlichen Kosten und keine weiteren Folgekosten.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 500 beinhaltet den Vorhaben- und Erschließungsplan. Der Vorhabenträger übernimmt den sich aus der Planung ergebenden Erschließungsaufwand entsprechend dem Durchführungsvertrag.

**Punkt 7.8 der Tagesordnung
V/0018/2009**

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 506: St. Mauritz - südlich Wolbecker Straße / östlich B 51
1. Beschluss über die Stellungnahmen
2. Satzungsbeschluss**

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss mehrheitlich mit den Für-Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von Bündnis90/Die Grünen/GAL, dem Rat den Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander wird den in den Stellungnahmen vorgetragenen Anregungen zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 506: St. Mauritz – südlich Wolbecker Straße / östlich B 51 nicht gefolgt:
 - 1.1 Der Anregung, den südöstlichen Teil des Wohngebietes als Mischgebiet festzusetzen. (Anlage 1, Punkt 1)

- 1.2 Der Anregung, dass die Überplanung von Teilbereichen sowohl im laufende Planfeststellungsverfahren zum Umbau des Knotenpunktes B 51 / Wolbecker Straße als auch im Bebauungsplanverfahren zu Konflikte führen könnte. (Anlage 1, Punkt 2)
- 1.3 Der Anregung, in den Bebauungsplan aufzunehmen, dass die geplanten Lärmschutzeinrichtungen erst nach Fertigstellung der Straßenbaumaßnahme B 51 / Wolbecker Straße realisiert werden dürfen. (Anlage 1, Punkt 2)
- 1.4 Der Anregung, dass die Wohngebäude Wolbecker Straße 270 bis 270f und 280a durch zusätzliche Immissionen unzumutbaren beeinträchtigt werden. (Anlage 1, Punkt 3)
- 1.5 Der Anregung, das neue Wohngebiet alternativ über die B 51 oder die Wolbecker Straße zu erschließen. (Anlage 3, Punkt 3)
2. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 506: St. Mauritz – südlich Wolbecker Straße / östlich B 51 wird gemäß §§ 2 und 10 Baugesetzbuch in Verbindung mit § 12 Baugesetzbuch und den §§ 7 und 41 Gemeindeordnung NW als Satzung beschlossen.

Die Begründung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 506 wird ebenfalls beschlossen.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadt Münster durch die vorstehenden Beschlussvorschläge keine weiteren Kosten und keine zusätzlichen Folgekosten entstehen.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verkehr

Punkt 8.1 der Tagesordnung V/0131/2009

Empfehlungen des 47. Deutschen Verkehrsgesichtstages

Der Ausschuss nahm den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Punkt 8.2 der Tagesordnung V/0997/2008

Fortschreibung des Masterplanes Verkehrsunfallprävention 2008 und Aufstellung eines Verkehrssicherheitsprogrammes Münster 2009-2013

Dieser Tagesordnungspunkt war von der Tagesordnung abgesetzt worden.

Herr Weber gab für die Fraktionen von CDU und FDP eine gemeinsame Erklärung zu Protokoll:

„Die Maßnahmen im Katalog, die aus dem GDV-Gutachten (Gutachten der Unfallforschung der deutschen Versicherer) resultieren, werden zur Kenntnis genommen; dies beinhaltet nicht, dass sich die beiden Fraktionen explizit daran gebunden fühlen.“

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat den Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass nach der Wirkungsabschätzung im von der Bezirksregierung Münster vorgelegten Luftreinhalteplan, der Grenzwert für Stickstoffdioxid voraussichtlich nur eingehalten werden kann, wenn der Maßnahmenkatalog (Anlage 3) umgesetzt wird.
2. Der Rat nimmt ferner zur Kenntnis, dass die genauen Kosten für die Umsetzung der Maßnahmen noch nicht quantifiziert werden können.
3. Der Rat nimmt weiterhin zur Kenntnis, dass die Bezirksregierung Münster erst nach der Auswertung der Messergebnisse des 1. Halbjahres 2009 über die Einführung einer Umweltzone zum 01.01.2010 entscheiden wird.
4. Die Stadt Münster erklärt zu der Umsetzung der verkehrlichen Maßnahmen des Luftreinhalteplanes im Grundsatz ihr Einvernehmen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, verkehrstechnische und -rechtliche Einzelfragen zur Umweltzone direkt mit der Bezirksregierung Münster zu regeln.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, den Maßnahmenkatalog zur Reduzierung der Luftschadstoffe (Anlage 3) abzuarbeiten.
7. Die an den Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen verwiesenen Anträge der GAL/Grüne-Ratsfraktion vom 18.04.2005, „Zu einer lebenswerten Stadt gehört auch saubere Luft – sofortige Einleitung der Luftreinhalteplanung für Münster“, der SPD-Fraktion vom 21.08.2007 zu Reduktionsmaßnahmen Weseler Straße und dem Ratsantrag der Fraktionsgemeinschaft UWG-MS/ödp vom 30.01.2008, Nr. A-R/0003/2008, „Einrichten einer Umweltzone in Münster“, (Anlage 6) sind erledigt.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Kosten für die erstmalige Beschilderung bei der Einrichtung der Umweltzonen in Höhe von 50.000 € entstehen. Folgekosten können derzeit nicht quantifiziert werden.

Ferner wird zur Kenntnis genommen, dass für die begleitende Öffentlichkeitsarbeit zur Umsetzung des Luftreinhalteplanes zusätzliche Kosten in Höhe von 50.000 € entstehen.

Weiterhin wird zur Kenntnis genommen, dass mit der Einrichtung einer Umweltzone ab 2010 Erträge in Höhe von jährlich 30.000 € für die Ausstellung von Ausnahmegenehmigungen etc. erwartet werden.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die erforderlichen Ermächtigungen für Aufwendungen sind im Haushaltsplan 2009 wie folgt zusätzlich zur Verfügung zu stellen:

Teilergebnisplan - Aufwendungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1201	Bereitstellung von Verkehrs- flächen und -anlagen	2009	50.000	Beschilderung
Teilergebnisplan (Zeile)	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			
Insgesamt:				50.000	

Teilergebnisplan - Aufwendungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1401	Übergreifender Umweltschutz, Klima, Immission, Boden, Abfall	2009	50.000	Öffentlich- keitsarbeit
Teilergebnisplan (Zeile)	16	Sonstige ordentliche Auf- wendungen			
Insgesamt:				50.000	

Teilergebnisplan - Erträge					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0203	straßenverkehrsrechtliche Angelegenheiten	2010 ff.	15.000	jährlich für Ausnahmege- nehmigungen
Teilergebnisplan (Zeile)	04	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
Insgesamt:				15.000	

Teilergebnisplan - Erträge					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0204	Bürgerangelegenheiten	2010 ff.	15.000	jährlich für Ausnahmegenehmigungen
Teilergebnisplan (Zeile)	04	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
Insgesamt:				15.000	

Punkt 8.4 der Tagesordnung V/1059/2008

Bericht Bewohnerparken Sentruper Höhe

Der Ausschuss nahm den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**Punkt 8.5 der Tagesordnung
V/0779/2008**

**Planung eines kombinierten Geh- und Radweges
Heumannsweg-Schmittingheide in den Grenzen
Lindberghweg und Hegerskamp**

- Beschluss zur Planung -

Herr Weber stellte fest, dass die Realisierung der vorgelegten Planung nicht vor 2013 in Aussicht gestellt werden kann. Er sprach sich dafür aus, ein Verfahren zu entwickeln, damit Planung und Realisierung künftig zeitlich enger aufeinander folgen.

Der Ausschuss bestätigte diese Anregung einvernehmlich.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss die Vorlage einstimmig.

Beschluss:

I. Sachentscheidung:

Zur Erhöhung der Sicherheit und Leichtigkeit des Fußgänger- und Radverkehrs wird der Planung zur Einrichtung eines gemeinsamen Geh- und Radweges Heumannsweg-Schmittingheide zugestimmt.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass bei Realisierung der Maßnahme Kosten für den Ausbau und den Grunderwerb sowie für die Ausgleichsmaßnahmen in Höhe von ca. 864.700 EUR entstehen. Die Folgekosten werden mit ca. 5.500 EUR pro Jahr veranschlagt.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Die Maßnahme ist nach den FöRi-St förderfähig in Höhe von ca. 600.000 EUR. Die Förderanmeldung durch das Tiefbauamt liegt der Bezirksregierung seit 2007 vor.

Die Verwirklichung dieses Vorhabens ist in Abhängigkeit der kommunalpolitischen Prioritätenreihung vergleichbarer Baumaßnahmen und der Fördermittelbereitstellung durch die Bezirksregierung Münster zu sehen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann eine Realisierung nicht vor 2013 in Aussicht gestellt werden.

**Punkt 8.6 der Tagesordnung
V/0736/2008**

**Verbesserungen an Haltestellen - Programm 2010 -
Amelsbürener Straße- Umbau der Bushaltestellen
"Rückertstraße" (beide Fahrtrichtungen) als Bus-
kaps und Einbau einer Mittelinsel als Überque-
rungshilfe**

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss die Vorlage einstimmig.

Beschluss:

I. Sachentscheidung:

Dem Umbau der beiden Bushaltestellen „Rückertstraße“ auf der Amelsbürener Straße als Buskaps und dem Einbau einer Mittelinsel entsprechend der Planung von November 2008 (Anlage 2) wird zugestimmt.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass für den gesamten Umbaubereich Kosten in Höhe von 196.000,00 €, aber keine Folgekosten entstehen.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die erforderlichen Mittel sind im Entwurf des Teilfinanzplans nachstehender Produktgruppe wie folgt veranschlagt:

Aufwendungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1201	Bereitstellung von Verkehrsflächen und -anlagen	2010	81.000	<u>Haltestellen:</u> <u>Unterhaltung</u> <u>des Infrastrukturvermögens</u>
Teilergebnisplan (Zeile)	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			
Insgesamt:				81.000	

Erträge					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1201	Bereitstellung von Verkehrsflächen und -anlagen	2010	64.000	Landeszuschüsse für <u>Haltestellen</u>
Teilergebnisplan (Zeile)	02	Zuschüsse und allgemeine Umlagen			
Insgesamt:				64.000	

Die Kosten für den barrierefreien Umbau der Haltestellen belaufen sich auf ca. 81.000,00 € und werden wie folgt finanziert:

Die Maßnahme ist zu 80 % förderfähig, die Höhe der Kostenerstattung durch das Land beträgt ca. 64.800 €.

Die weiteren Umbauarbeiten wie beispielsweise der Fahrbahnteiler, die Verbesserung der Radfahrerführung, die neue LSA die Baumpflanzung belaufen sich auf ca. 115.000 € und sind nicht förderfähig.

Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2010 werden diese Mittel neu veranschlagt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Maßnahme unter dem Vorbehalt der Mittelbereitstellung durch das Land und des Eigenteiles der Stadt durch den Rat im Rahmen der Haushaltsatzung 2010 stehen.

**Punkt 8.7 der Tagesordnung
V/0134/2009**

**Verkehrssicherheitsmaßnahmen LSA Grevenor
Str./York-Ring**

Herr Pott erläuterte die Inhalte der Vorlage und beantwortete Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Nach Aussprache nahm der Ausschuss den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung

Verschiedenes

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Bonn wurde die Planung für die angeregte Fußgängerampel auf der Albert-Schweitzer-Straße am Universitätsklinikum vorgestellt. Diese werde abgestimmt auf die Bauplanungen UKM und den künftigen Zentraleingang der Klinik. In diesem Zusammenhang werde auch geprüft, den ÖPNV-Anschluss zu optimieren.

Ende des öffentlichen Sitzungsteils: 20:14 Uhr

gez.

Wolfgang Heuer
Vorsitz

gez.

Regina Dittmer
Schriftführung

Kurzbericht Verwaltung im Planungsausschuss 05.03.2009

über den Erörterungstermin zum Planfeststellungsverfahren
Ausbau B51- 3. Abschnitt / Neubau B 481n
am 24.-27.04.2009

1. Vorbemerkungen

Die Stadt Münster hat als Träger öffentlicher Belange im Planfeststellungsverfahren zum Ausbau B51- 3. Abschnitt /Neubau B 481n auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 17.05.2006 (V/0252/2006) im Hauptverfahren und gemäß Ratsbeschluss vom 29.08.2007 (V/0506/2007) im Deckblattverfahren über 130 Anregungen und Forderungen gestellt und der Bezirksregierung Münster als Anhörungsbehörde gemeldet.

Der Landesbetrieb Straßenbau NRW hat im Anhörungsverfahren eine ergänzende Stellungnahme zu allen eingegangenen Stellungnahmen der privaten Einwender und der Träger öffentlicher Belange abgegeben.

Die Einwendungen der Stadt Münster aus 2006 / 2007 konnten im Vorlauf zum Anhörungstermin in 2008 weitgehend zwischen dem Landesbetrieb und der Fachverwaltung der Stadt abgestimmt werden. Dabei konnte in allen Grundsatzfragen eine gemeinsame Position und eine weitgehende Akzeptanz der städtischen Forderungen erreicht werden, so dass im Erörterungstermin am 24.04.2009 nur noch die Positionen der Stadt mit dem Landesbetrieb nach erörtert werden mussten, in denen einzelnen Prüfanträge / Anregungen der Stadt Münster noch offen geblieben sind oder im Vorfeld der Abstimmung ein Einvernehmen noch nicht verhandelt werden konnte.

2. Stand der Erörterung (24.02.2009)

Der Landesbetrieb Straßenbau hat in seiner ergänzenden Stellungnahme zu den Forderungen und Anregungen/Prüfaufträgen der Stadt alle grundsätzlichen Forderungen der Stadt Münster akzeptiert. Dies gilt insbesondere für die von der Stadt Münster formulierten städtebaulichen und verkehrstechnischen Anforderungen an die **Ausgestaltung der Wolbecker Straße** (Deckblattverfahren). Hier wird bei der weiteren Ausbauplanung die Zielplanung der Stadt Münster voll berücksichtigt, eine Abstimmung der Planung im Detail wurde vereinbart. Hier ist wie in den o.g. Ratsvorlagen bereits angekündigt, eine Kostenbeteiligung der Stadt Münster an den Mehrkosten des Ausbaus der B51 und des Knotens B51/Wolbecker Straße zu erwarten und zu regeln.

Der Landesbetrieb Straßenbau ist aus verfahrensrechtlichen Gründen (Vermeidung eines 2. Deckblattverfahrens) allerdings nicht dem Vorschlag der Stadt Münster gefolgt, die Achse der **Wolbecker Straße im Knotenbereich der B51** um bis zu 10m weiter nach Norden zu verschieben. Dies hatte die Stadt vorgeschlagen, um den Eingriff in die Kleingartenanlage Damaschke zu verringern und eine gleichmäßigere Linienführung der Wolbecker Straße im Knotenpunktsbereich der B51 zu erreichen.

Im **Knoten Warendorfer Straße / B51 / B481n** ist der Landestrieb zwei Anregungen der Stadt nicht gefolgt. Zum einen hält der Landesbetrieb eine Verlegung des Dyckburgstraße aus bautechnischen Gründen für unverzichtbar. Desweiteren verweist der Landesbetrieb darauf, dass die Buslinienführung der stadteinwärtigen Buslinien aus Handorf und Telgte nur vorübergehend

über eine Sonder-LZA im östlichen Anbindungspunkt B51/alte Warendorfer Straße erhalten bleibt, so dass der von der Stadt geplante Bus-Verknüpfungspunkt östlich der Mondstraße hier lagemäßig nicht gesichert werden kann.

Zum **Erörterungstermin** hat die Verwaltung beantragt, die offen gebliebenen Einzelpunkte zu erörtern. Bei einzelnen Einwendungen hatte der Landesbetrieb die von der Stadt Münster beantragten Überprüfungen, wie z.B. zum Lärmschutz im Knoten Wolbecker Straße und im Knoten Warendorfer Straße bis zum Erörterungstermin noch nicht vorgelegt. Hierzu wurde im Erörterungstermin festgehalten, dass der Landesbetrieb die Ergebnisse der lärmtechnischen Überprüfungen nachliefert, soweit erforderlich wird der notwendige Lärmschutz ergänzt.

Im Deckblattverfahren (Ifd Nr. 11) hat die Stadt Münster u. a. „gebeten zu überprüfen, inwieweit der Anteil der aktiv geschützten Gebäude im Bereich des Knoten Warendorfer Straße erhöht werden kann“. Hier erklärte, der Landesbetrieb im Erörterungstermin, dass er keine weiteren Verbesserungen des aktiven Lärmschutzes plane. Auch der Einsatz eines lärmarmen Fahrbahnbelags im Knotenbereich Warendorfer Straße scheide aus Kostengründen aus. Hier hat die Stadt Münster im Erörterungstermin die Entscheidung durch die Planfeststellungsbehörde beantragt.

Neu für die Stadt war u. a., dass

- die DB AG die Beseitigung der Bahnübergänge Prozessionsweg und Maikottenweg an der Warendorfer Straße gefordert hat. Dies wird aus Sicherheitsgründen auch von der Stadt unterstützt.
- die Versorgungsunternehmen (RWE, Telekom) einen zeitlichen Vorlauf vor Beginn der Straßenbaumaßnahme von 1-1,5 Jahren benötigen.

3. Weiteres Verfahren

Die Anhörungsbehörde wird in den nächsten Wochen mit den verfahrensbeteiligten Einwendern die Niederschrift des Erörterungstermins abstimmen und dann die Planfeststellungsunterlagen und die Beratungsergebnisse des Erörterungstermines mit einer eigenen Stellungnahme an das Landesverkehrsministerium als Planfeststellungsbehörde weiterleiten. Den Planfeststellungsbeschluss erlässt die Planfeststellungsbehörde; der Zeitpunkt kann derzeit nicht eingeschätzt werden.

Die Beratungen mit den privaten Einwendern am 2. Tag des Erörterungstermines lassen erwarten, dass insbesondere gegen den geplanten, von privaten Einwendern (BI Mauritz) für unzureichend erachteten Lärmschutz im Bereich Mauritz Klage erhoben werden wird.

Die Verwaltung wird über das weitere Verfahren bei neuen Erkenntnissen zeitnah berichten.

gez. Dr. Oellers
28.02.2009